

13.14

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Herr Präsident! Werte Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Zuseher und Zuseherinnen! Wir behandeln heute dieses Volksbegehren betreffend Nein zu GIS-Gebühren. Es ist von meinem Vorredner ja schon richtig gesagt worden, dass es die GIS-Gebühren in der Form nicht mehr gibt, aber in diesem Zusammenhang geht es natürlich um die Diskussion der finanziellen Absicherung des öffentlichen Rundfunks. Es ist kein Geheimnis, dass wir vonseiten der Sozialdemokratie der Meinung sind: Wenn man den ORF in dieser gewohnten Form fortsetzen will, dann braucht es eine solide finanzielle Grundlage. *(Abg. Kickl: In der gewohnten Form!)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang ist uns auch wichtig, die Proponenten und Proponentinnen des Volksbegehrens davon zu überzeugen, dass der öffentliche Rundfunk einen wichtigen Beitrag für die österreichische Wirtschaft, auch aber für die österreichische Identität leistet. Ich habe es heute in der Früh schon erwähnt: Die gesamte Filmbranche wird vom öffentlichen Rundfunk finanziert.

Wir vonseiten der Sozialdemokratie sagen aber nicht, dass beim ORF alles paletti ist, nein. Der ORF muss unserer Meinung nach transparenter, er muss demokratischer und er muss auch unabhängiger werden, keine Frage.

Wir stehen auch der Haushaltsabgabe kritisch gegenüber, deshalb haben wir als SPÖ gegen die Haushaltsabgabe gestimmt, weil wir der Meinung sind, dass sie in dieser Form, wie sie beschlossen wurde, nicht sozial gerecht ist. Es kann nämlich nicht sein, dass jemand, der ein Villenbesitzer ist, genauso viel zahlt wie eine alleinerziehende Mutter. Die Haushaltsabgabe aber bittet jeden gleich zur Kassa, egal ob finanzstark oder armutsgefährdet.

Was hat die Regierung gemacht? – Sie hat zeitgleich mit der KöSt-Senkung den Konzernen ein Milliardensteuergeschenk gemacht, während die Menschen inmitten der Teuerungskrise seit dem 1. Jänner zusätzlich belastet werden. Ja, es ist eine zusätzliche Belastung, weil wir ja einen Adressatenkreis haben, der um 525 000 Privathaushalte erweitert wird.

Daher haben wir einen eigenen Vorschlag eingebracht, nämlich zur Sicherung einer sozial gerechten Finanzierung des ORF, und daher bringe ich folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Muna Duzdar, Kolleginnen und Kollegen betreffend
„ORF-Finanzierung sozial gestalten“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien wird aufgefordert, ehestmöglich dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zur Ausweitung der Befreiungen vom ORF-Beitrag vorzulegen. Abgestellt werden soll dabei nur auf die Einkommenshöhe, um Geringverdiener:innen in Zeiten der Teuerung zu entlasten und zu mehr Gerechtigkeit beizutragen. Wohnkosten sollen auch nach dem 1.1.2026 auf die Einkommensgrenzen angerechnet werden. Darüber hinaus sollen junge Menschen bis zum 24. Lebensjahr vom ORF-Beitrag ausgenommen werden, wenn sie im eigenen Haushalt wohnen. Die dadurch fehlenden Mittel sollen dem ORF aus dem Budget refundiert werden.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Vorschlag ist zum einen: die Gebührenbefreiung ausschließlich an das Einkommen zu knüpfen und keine anderen zusätzlichen Voraussetzungen zu verlangen. Jetzt ist es nämlich so, dass Menschen, die ein geringes Einkommen haben oder als armutsgefährdet gelten, nicht befreit werden können, sofern nicht weitere Voraussetzungen vorliegen.

Und was uns besonders wichtig ist und wofür wir als Sozialdemokratie eintreten – ich sehe heute auch sehr viele junge Menschen auf der Galerie –, ist, dass junge Menschen, die in einem eigenen Haushalt leben, bis zu ihrem 24. Lebensjahr vom ORF-Beitrag befreit werden sollen. Es wäre doch ein demokratiepolitisch wichtiges Signal, dass junge Menschen kostenlos den

öffentlichen Rundfunk nutzen können. Das wäre wirklich von Interesse, um die Jungen auch stärker an den ORF heranzuführen. Die dadurch fehlenden Mittel sollen aus dem Budget refundiert werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

13.19

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Muna Duzdar,

Genossinnen und Genossen

betreffend „ORF-Finanzierung sozial gestalten“

eingbracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Verfassungsausschusses über das Volksbegehren (2076 d.B.) "GIS Gebühren NEIN" (2416 d.B.) (TOP 3)

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 30. Juni 2022 das Finanzierungsmodell des ORF über die GIS-Gebühr als verfassungswidrig erkannt und eine Neuordnung aufgetragen. Diese wurde vor dem Sommer 2023 im Nationalrat beschlossen. Sie trat mit 1.1.2024 in Kraft, die Rundfunkgebühr wurde durch den ORF-Beitrag abgelöst. Pro Haushalt sind 15,30 Euro pro Monat fällig.

Laut Erläuterungen zum Gesetz erweitert sich durch die Neukonzeption des ORF-Beitrages der beitragspflichtige Adressatenkreis um rd. 525.000 Privathaushalte, sodass insgesamt rd. 4,1 Mio. Haushalte den ORF-Beitrag grundsätzlich zu entrichten haben werden. Unter Berücksichtigung einer Befreiungsquote von rd. 8% ergeben sich rd. 3,7 Mio. Haushalte. Zudem sind voraussichtlich rund 238.000 Unternehmen beitragspflichtig, wovon rund 100.000 durch die Umstellung auf die Haushaltsabgabe erstmals zahlungspflichtig werden. Gerechnet wird mit 340.000 ORF-Beiträgen seitens der Unternehmen.

Die SPÖ steht für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk und eine gesicherte Finanzierung desselben. Seit Beginn der Diskussion um eine neue ORF-Finanzierung haben wir darauf gepocht, dass diese sozial gerecht gestaltet wird und den ORF zur

Sparsamkeit verpflichtet. Die türkis-grüne Regierung hat es jedoch in mehr als einem Jahr nicht geschafft, ein sozial gerechtes Modell vorzulegen. Daher haben wir gegen die Haushaltsabgabe gestimmt, vor allem auch, weil sie alle gleich zur Kasse bittet, egal ob ein Haushalt finanzstark ist oder armutsgefährdet. Ob in einem Haushalt eine Alleinerzieherin mit geringem Einkommen wohnt, eine Studentin oder ob es sich um eine Millionärvilla mit mehreren sehr gut verdienenden Personen handelt, es wird jeweils nur ein ORF-Beitrag fällig. Ein von der SPÖ unterstütztes Finanzierungsmodell müsste fair nach den jeweiligen wirtschaftlichen Möglichkeiten der Haushalte gestaltet sein. Diese Chance wurde mit der aktuellen Konstruktion der Haushaltsabgabe verpasst.

Während also ÖVP und Grüne den Konzernen mit der Körperschaftssteuersenkung ein Milliarden-Steuer Geschenk gemacht haben, werden die Menschen mit der Haushaltsabgabe seit 1. Jänner inmitten der Teuerung zusätzlich belastet – und das vor dem Hintergrund einer unzureichenden Gebührenbefreiung. Aktuell ist vorgesehen, dass für eine Gebührenbefreiung zwei Voraussetzungen erfüllt sein müssen: Erstens muss ein Bezug von beispielsweise Pflegegeld, Arbeitslosengeld, Pension oder Sozialhilfe vorliegen. Zweitens darf das Haushalts-Nettoeinkommen den Richtsatz für die Gewährung einer Ausgleichszulage nur um maximal 12% übersteigen. Abgezogen werden können dabei der Hauptmietzins einschließlich der Betriebskosten oder andere anerkannte außergewöhnliche Belastungen und monatlichen Kosten für die 24h-Betreuung. Die Richtsätze pro Monat betragen seit 1.1.2024 EUR 1.364,12 bei einer Person und EUR 2.152,03 bei zwei Personen. Für jede weitere Person sind EUR 210,48 vorgesehen.

Diese Vorgaben bedeuten, dass Personen mit geringem Einkommen, die jedoch keine Anspruchsgrundlage wie Pension oder Pflegegeld vorweisen können, nicht von der Rundfunkgebühr befreit sind. Die Befreiungsmöglichkeiten vom ORF-Beitrag bleiben bis 31.12.2025 unverändert bestehen. Dass die Beitragsbefreiung nur für Bezieher:innen von Arbeitslosengeld, Mindestsicherung, Pension etc. gilt, während Geringverdiener:innen volle Beiträge leisten müssen, kann zu Recht als ungerecht kritisiert werden. Hier muss eine Ausweitung der Befreiungen für mehr Gerechtigkeit

sorgen. Positiv zu beurteilen ist lediglich, dass durch die Novelle auch Lehrlinge einen Anspruch auf Befreiung haben.

Eine weitere Verschlechterung des ohnehin ungerechten Zustandes tritt mit 1.1.2026 in Kraft. Ab dann sind die Befreiungstatbestände und das Verfahren über Befreiungsanträge direkt im ORF-Beitrags-Gesetz geregelt. Durch die mit 2024 in Kraft tretende Möglichkeit zur Abfrage aus der Transparenzdatenbank sollen Befreiungsverfahren in weitem Maß automatisiert erfolgen. Von dort an können Wohnkosten nicht mehr auf die Einkommensgrenze angerechnet werden. Dadurch werden viele aus dem Kreis der Beitragsbefreiten herausfallen.

Da die Haushaltsabgabe mit 1.1.2024 in Kraft getreten ist, ist aktuell kurzfristig nicht mit einer weiteren Systemumstellung bei gleichzeitiger Sicherstellung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu rechnen. Um trotzdem die soziale Ausgewogenheit zu verbessern, soll die Haushaltsabgabe umgehend so umgestaltet werden, dass zumindest die schlimmsten sozialen Härten abgefedert werden. Dafür braucht es eine Ausweitung der Gebührenbefreiung. Diese soll sich ausschließlich an der Einkommenshöhe orientieren und keine weiteren Voraussetzungen verlangen.

Darüber hinaus sollen generell alle jungen Menschen bis zum 24. Lebensjahr vom ORF-Beitrag befreit werden, wenn sie nicht mehr bei den Eltern wohnen. Gerade diese Altersgruppe hat ein niedriges Einkommen. Studierende sind zumeist auch während des Studiums gezwungen einer Erwerbsarbeit nachzugehen und ehemalige Lehrlinge gehören, auch wenn sie ausgelernt sind, beim Berufseinstieg zu den unteren Einkommensklassen. Es wäre auch demokratiepolitisch ein wichtiges Signal, dass junge Menschen öffentlich-rechtlichen Rundfunk kostenlos nutzen können. Es gilt, sie von der Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu überzeugen und so auch eine breite Basis für die zukünftige Nutzung der Angebote des ORF zu schaffen. Die dadurch fehlenden Mittel sollen dem ORF aus dem Budget refundiert werden.

Mittelfristig soll die ORF-Finanzierung dann auf ein sozial gerechtes Finanzierungssystem umgestellt werden, das unter Einbindung aller Parteien gemeinsam mit Expert:innen in einem breiten Prozess erarbeitet werden soll. Klare

Vorgabe jedoch ist: Gutverdiener:innen sollen mehr und Personen mit geringerem Einkommen wenig bis nichts bezahlen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien wird aufgefordert, ehestmöglich dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zur Ausweitung der Befreiungen vom ORF-Beitrag vorzulegen. Abgestellt werden soll dabei nur auf die Einkommenshöhe, um Geringverdiener:innen in Zeiten der Teuerung zu entlasten und zu mehr Gerechtigkeit beizutragen. Wohnkosten sollen auch nach dem 1.1.2026 auf die Einkommensgrenzen angerechnet werden. Darüber hinaus sollen junge Menschen bis zum 24. Lebensjahr vom ORF-Beitrag ausgenommen werden, wenn sie im eigenen Haushalt wohnen. Die dadurch fehlenden Mittel sollen dem ORF aus dem Budget refundiert werden.“

Präsident Ing. Norbert Hofer: Der Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht, er steht somit auch in Verhandlung.

Zu Wort gelangt nun Frau Dr. Dagmar Belakowitsch. – Bitte schön, Frau Abgeordnete.